

GROSSER RAT

VORSTOSS

Interpellation von Dr. Martina Sigg, FDP, Schinznach, vom 30.6.2020 zum Besuchsverbot in den aargauischen Spitälern und Pflegeheimen aufgrund der Corona-Pandemie

Text und Begründung:

Am 16.3.2020 verfügte der Kanton auf Empfehlung des Bundes ein Besuchsverbot in Pflegeheimen und Spitälern. Per 11. Mai wurde das kontrollierte Besuchsrecht eingeführt, ausser in den Akutspitälern, wo das Besuchsverbot noch weiterhin galt bis zur Aufhebung der kantonalen Notlage. Es ist jetzt angebracht, auf diese Zeit zurückzublicken, sie auszuwerten und zu überlegen, ob für einen ähnlichen Fall wieder gleich entschieden werden soll.

Auf die eine Seite war dieses Besuchsverbot sehr verständlich:

- Zum Schutz der Risikogruppen
- Um Schutzmaterial zu sparen, denn Besucher müssten mit Schutzmaterialien ausgestattet werden
- Um die Anzahl möglicher Kontakte zu reduzieren.

Deshalb gab es zu Beginn auch kaum Opposition. Mit der Zeit zeigten sich aber Mängel und Probleme. Deshalb bittet die Interpellantin den Regierungsrat höflich, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Angehörige haben eine wichtige Rolle bei Spitalaufenthalten. Sie merken z.B., wenn sich der Patient / die Patientin ungewöhnlich verhält, wenn Standard-Medikamente vergessen werden, wenn der Blutzucker nicht richtig eingestellt ist. Stellvertretend folgendes Beispiel (das so stattgefunden hat): ein Patient kommt vom Akutspital in die Reha, aufgrund eines Delirs in die PDAG, dann wieder in die Reha, aufgrund eines Infektes wieder ins Akutspital und dann wieder in die Reha. Es ist nicht verwunderlich, dass bei den vielen verschiedenen Schnittstellen etwas verloren geht – wie z.B. der Plan fürs Insulin-Spritzschema mit der Folge, dass der Patient über längere Zeit einen viel zu hohen Blutzucker hatte, was seine Gesundheit nachhaltig verschlechtert hat und zu weiteren Komplikationen geführt hat. Die Ehefrau, die sich normalerweise um alles kümmert, hätte dies bei einem Besuch sofort realisiert und es hätte viel früher reagiert werden können.
Anerkennt der Regierungsrat die Rolle der Angehörigen in der Betreuung der Patienten?
2. Angehörige haben eine wichtige Rolle bei Entscheidungsprozessen. Stellvertretend auch hier ein Beispiel: bei einem schwerkranken Patienten geht es um die Frage, ob noch weitere Behandlungen durchgeführt werden sollen oder ob er nur noch palliativ versorgt werden soll. Während des Besuchsverbot musste der Patient diese Entscheidung mehr oder weniger alleine fällen, Telefonate sind ein schlechter Ersatz für gemeinsame Besprechungen von Angehörigen, Patienten und Ärzten. Unter Umständen war der Patient gar nicht mehr urteilsfähig und gemäss KESR mussten gesetzliche Vertreter (häufig Angehörige)

entscheiden, dies ohne sich ein Bild vor Ort machen zu können.

Anerkennt der Regierungsrat die Rolle der Angehörigen bei Entscheidungen über Behandlungsverläufe?

3. Patienten brauchen Angehörige, wenn es ihnen sehr schlecht geht. Stellvertretend folgendes Beispiel: Ein Patient musste eine grosse Operation machen. Wider Erwarten erholte er sich nicht richtig danach, sondern wurde immer schwächer. Mehr als einen Monat lang wartete er sehnsüchtig auf einen Besuch seiner Liebsten. Das Spital erlaubte den Angehörigen erst zu ihm zu kommen, als er im Sterben lag und kaum mehr ansprechbar war. Wir sprechen bei der medizinischen und insbesondere palliativen Versorgung immer von der Menschenwürde. Kann diese so aufrecht gehalten werden? Und wird der Trauerprozess bei den Angehörigen nicht nachhaltig gestört durch solche Erlebnisse? Rechnet der Regierungsrat mit zusätzlichen psychischen Erkrankungen bei Angehörigen?
4. Die Menschen in Alters- und Pflegeheimen mussten während der Corona Zeit auf vieles verzichten. Viele Aktivierungsangebote wurden abgesagt, Angehörige durften sie lange Zeit gar nicht besuchen, später dann nur in speziellen Besuchsstationen. Dies belastete die psychische Verfassung sowohl der Bewohner als auch der Angehörigen. Menschen mit Demenz wurden wütend, weil sie nicht verstehen konnten, dass ihre Angehörigen nicht zu Besuch kamen und erkannten sie unter Umständen nach dem Besuchsverbot gar nicht mehr. Anerkennt der Regierungsrat die Tatsache, dass das Besuchsverbot den kognitiven und körperlichen Abbau der Bewohner in Langzeitinstitutionen beschleunigen konnte?
5. Menschen in Langzeitinstitutionen leben in privat genutzten Räumlichkeiten. Das Recht auf Selbstbestimmung in der eigenen Privatsphäre muss ihnen auch in ausserordentlichen Lagen zugestanden werden, selbstredend unter Einhaltung empfohlener Schutzstandards und Beachtung bestehender Schutzkonzepte. Sind diese urteilsunfähig, muss der Zugang der gesetzlichen Vertretungspersonen und Beistände jederzeit gewährleistet sein. Wie beurteilt der Regierungsrat dies? Konnte diese Bedingung während des Besuchsverbotes aufrecht gehalten werden? Wurden Menschen aufgrund ihres Alters oder ihres Wohnortes diskriminiert?
6. Das Pflegepersonal hat während der Coronazeit – wie auch sonst – Grosses geleistet und ihre Pflicht stets erfüllt. Da die Besuche der Angehörigen fehlten, mussten / sollten sie noch zusätzliche Betreuungsarbeit leisten. Hat der Regierungsrat Hinweise dafür, wie dies in den einzelnen Institutionen funktionierte? Erhielt das Pflegepersonal zusätzliche Kapazitäten für diese Aufgaben oder wurden ihre Einsatzpläne zu sehr gestrichen, weil bekannterweise in den Spitälern viele Betten frei waren?
7. Wie viele Fälle bei der Patientenberatungsstelle sind aktuell auf dieses Besuchsverbot zurückzuführen? Hat die Fallzahl allgemein zugenommen in den Monaten März bis Juni?
8. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, bei einem nächsten ähnlichen Fall das Besuchsverbot anders zu regeln, quasi von Beginn weg nur ein «kontrolliertes Besuchsverbot»? Z.B. könnte einfach ein Angehöriger das Besuchsrecht erhalten. Dieser müsste speziell instruiert werden und mit Material versorgt werden. Allenfalls müsste er sich regelmässigen Gesundheitschecks unterziehen. Oder sieht der Regierungsrat noch andere Möglichkeiten?
9. Einzelne Spitäler versorgten ihre Patienten mit Tablets und instruierten sie, so dass sie wenigstens mit ihren Angehörigen per Video kommunizieren konnten. Kann sich der

Regierungsrat vorstellen, dass dies vermehrt eingesetzt wird, auch in Pflegeheimen und Institutionen?

Namen und Unterschriften der einreichenden und mitunterzeichnenden Grossratsmitglieder

Kurztitel Vorstoss: [Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)

Aebi Daniel Erich, SVP
Agustoni Roland, GLP
Bally Frehner Maya, EVP-BDP
Basler Colette, SP
Baur Jürg, CVP
Bertschi Karin, SVP
Binder-Keller Marianne, CVP
Bircher Adrian, GLP
Bircher Martina, SVP
Bodmer René, SVP
Brizzi Simona, SP
Brügger Martin, SP
Bruggisser Marcel, EVP-BDP
Bucher Ralf, CVP
Burgener Elisabeth, SP
Burgherr David, SP
Bürgi Ulrich, FDP
Burkard Flurin, SP
Bütler Josef, FDP
Chopard-Acklin Max, SP
Dell'Anno-Doppler Regula, SP
Dietiker Therese, EVP-BDP
Dietschi Markus, Grüne
Dubach Manfred, SP
Eckert Antoinette, FDP
Egli Dieter, SP
Emmenegger Kurt, SP
Erne Hansjörg, SVP
Fischer Bargetzi Andreas, Grüne
Frauchiger Roland, EVP-BDP
Frautschi Daniel, SVP
Freiermuth Sabina, FDP
Friker-Kaspar Vreni, SVP
Furer Pascal, SVP
Gabriel Markus, SVP
Gallati Jean-Pierre, SVP
Gautschi Renate, FDP
Giezendanner Benjamin, SVP
Glarner Jeanine, FDP
Glur Christian, SVP

Gosteli Patrick, SVP
Gretener Bruno, FDP
Groux Rosmarie, SP
Hagenbuch Christoph, SVP
Haller Rolf, SVP
Hardmeier Marco, SP
Häseli Gertrud, Grüne
Hasler Kathrin, SVP
Hauser Claudia, FDP
Hauser Fabian, EVP-BDP
Heimgartner Stefanie, SVP
Hilfiker Silvan, FDP
Hochreuter Clemens, SVP
Hölzle Daniel, Grüne
Hösli Viviane, SP
Hottiger Hans-Ruedi, CVP
Huber Alois, SVP
Huber René, CVP
Hunziker Lelia, SP
Huser Michaela, SVP
Huwylar Stefan, FDP
Iten Doris, SVP
Jäggi Rolf, SVP
Kaufmann Alfons Paul, CVP
Kaufmann Maurus, Grüne
Kaufmann Tonja, SVP
Keller Martin, SVP
Keller Sallenbach Christine, FDP
Knuchel Jürg, SP
Koller Marlène, SVP
Koller Peter, SP
Kuster Roland, CVP
Lauper Richner Gabi, SP
Lehmann-Wälchli Regina, SVP
Leitch-Frey Thomas, SP
Lepori Theres, CVP
Lerch Martin, SVP
Lüscher Severin, Grüne
Lüthy Gabriel, FDP
Lüthy Markus, SVP

Lütolf Harry, CVP
Mallien Sander, GLP
Mazzi Franco, FDP
Meier Andreas, CVP
Meier Maya, SVP
Meier Titus, FDP
Merz Alfred, SP
Merz Christian, SVP
Minder Christian, EVP-BDP
Mosimann Daniel, SP
Müller Werner, CVP
Müller-Boder Nicole, SVP
Müri Ruth, Grüne
Notter Michael, EVP-BDP
Obrist Robert, Grüne
Perroud Arsène, SP
Peter Dominik, GLP
Pfisterer Lukas, FDP
Plüss Urs, EVP-BDP
Portmann-Müller Barbara, GLP
Primault-Suter Tanja, SVP
Riner Christoph, SVP
Riniker Maja, FDP
Rohrer Claudia, SP
Rotzetter Andre, CVP
Rudolf Bruno, SVP
Ryser Rolf, SVP
Saner Edith, CVP
Scheier Ruth Jo., GLP
Scherer Werner, SVP
Schmidmeister Lea, SP
Scholl Bernhard, FDP
Scholl Herbert H., FDP
Schoop Adrian, FDP
Schweri Kim, Grüne
Seibert Uriel, EVP-BDP
Siegrist-Bachmann Renata, GLP
Sigg Martina, FDP
Spörri Marlise, SVP

Stenico-Goldschmid Franziska, CVP
Stierli Walter, SVP
Stöckli Milly, SVP
Strub Gérald, FDP
Studer Lilian, EVP-BDP
Stutz Désirée, SVP
Suter Daniel, FDP
Suter Gabriela, SP
Sutter-Suter Sabine, CVP
Syed Rahela, SP
Tinner Manuel, SVP
Urech Daniel, SVP
Vock Florian, SP
Vogt Franz, SVP
Vogt Roland, SVP
Voser Susanne, CVP
Vulliamy Daniel, SVP
Wehrli Daniel, SVP
Wernli Martin, SVP
Wetzel Michael, CVP
Wittwer Hansjörg, Grüne